

# «Mikrosteuer» soll alle anderen Steuern ersetzen

Der Fiskus käme auch ohne Einkommens- und Mehrwertsteuer zu genügend Mitteln, sagen die Urheber einer geplanten Volksinitiative

HANSUELI SCHÖCHLI

Es gibt nicht nur die Volksabstimmung über die Billag-Gebühren. Am 4. März hat das Stimmvolk auch noch über eine andere Vorlage zu befinden, und diese ist im Prinzip weit bedeutender. Es geht darum, ob dem Bund ab 2021 fast zwei Drittel seiner Einnahmen wegbrechen oder nicht. Die beiden wichtigsten Einnahmequellen des Bundes (Mehrwertsteuer und direkte Bundessteuer), die 2016 zusammen fast 44 Milliarden Franken ausmachten, sind bis Ende 2020 befristet. Lehnt das Volk die Vorlage ab, droht laut Finanzminister Ueli Maurer der «absolute Super-GAU».

Eine organisierte Gegnerschaft ist nicht in Sicht. Immerhin: Eine fünfköpfige Arbeitsgruppe hat, losgelöst von Parteien, Verbänden und Bund, einen Plan B entwickelt. Die Gruppe spricht sich zwar nicht gegen die Verlängerung der geltenden Finanzordnung aus, doch ihr schwebt vor, die Mehrwertsteuer, die direkte Bundessteuer und andere Abgaben mittelfristig durch eine einzige neue Steuer zu ersetzen: eine «Mikrosteuer» auf allen Zahlungsverkehrs-Transaktionen. Die Gruppe plant eine Volksinitiative, deren Entwurf derzeit in der Bundeskanzlei zur Vorprüfung sei. Geistiger Vater der Idee ist der aus Zuzikon stammende Felix Bolliger, der in der Bankbranche arbeitete und dann bis Ende 2017 als unabhängiger Vermögensverwalter tätig war. Zur Gruppe zählen etwa auch der Zürcher Finanzprofessor Marc Chesney und der frühere Bundesratssprecher Oswald Sigg.

## Zwei Promille sollen genügen

Die vorgeschlagene Mikrosteuer geht weit über die in EU-Ländern diskutierte Finanztransaktionssteuer hinaus. So soll nebst Wertpapier- und Devisentransaktionen auch der gesamte übrige Zahlungsverkehr erfasst sein. Wenn also zum Beispiel jemand 100 Franken Bargeld aus dem Bancomat bezieht oder Rechnungen bezahlt oder wenn Unternehmen die Löhne auf das Bankkonto ihrer Mitarbeiter überweisen, soll diese Zahlungsverkehrssteuer anfallen – zum Beispiel je zur Hälfte beim Zahler und beim Empfänger. Die Rechnung der Initian-



Eine kleine Abgabe auf jede Zahlungstransaktion reiche, behaupten die Initianten.

CHRISTIAN BEUTLER / KEYSTONE

ten geht wie folgt: Der elektronische Zahlungsverkehr in der Schweiz belaufe sich pro Jahr auf etwa 30 000 Milliarden Franken, hinzu kämen Devisentransaktionen und weitere Finanzmarkttransaktionen, womit ein Total von etwa 100 000 Milliarden Franken erreicht wäre; eine Steuer von nur schon 0,2 Prozent gäbe jährliche Einnahmen für den Fiskus von etwa 200 Milliarden Franken, womit sich alle bisherigen Steuern locker ersetzen liessen. 2016 nahmen Bund, Kantone und Gemeinden total Steuern von rund 140 Milliarden Franken ein.

Die Initianten verfolgen mit ihrer Idee zwei zentrale Ziele: Das komplizierte Steuersystem soll massiv einfacher werden, und gleichzeitig soll die Steuer das Finanzsystem stabiler machen, indem es Finanztransaktionen verteuere, welche zunehmend vom Rest der Wirtschaft ab-

gekoppelt seien. Im Visier haben die Initianten namentlich komplexe Finanzderivate und generell den Hochfrequenzhandel in Finanzprodukten.

Der Charme der Idee liegt vor allem in zwei Elementen: Sie entspricht einer goldenen Regel der Steuerpolitik (mög-

## Neue Finanzordnung 2021

Eidgenössische Volksabstimmung vom 4. März 2018

lichst breite Steuerbasis, möglichst tiefe Steuersätze), und sie verspricht eine wesentliche Vereinfachung des Steuersystems. Doch die doppelte Zielsetzung der Initianten illustriert auch einen zentralen Widerspruch: Wer mit einer Steuer eine Lenkungswirkung verfolgt (also das Steuersubstrat senken will),

sollte nicht gleichzeitig stabile Erträge für den Fiskus versprechen.

## Ausweichmanöver zu erwarten

Verwandt damit ist ein zweites Grundproblem: Die Milchbüchleinrechnung der Initianten zu den potenziellen Fiskalerträgen ignoriert Ausweichmanöver. «Die Mikrosteuer könnte höchstens funktionieren, wenn man sie global einführt und das Bargeld verbietet», sagt ein Wirtschaftsexperte. Bei Steuern auf Finanztransaktionen ist im Vergleich zu anderen Steuern mit starken Umgehungsmanövern zu rechnen. Mögliche Ausweichrouten wären etwa Zahlungen in bar, über ausländische Banken, in inoffiziellen Währungen, Tauschgeschäfte oder der Umbau von Firmenstrukturen.

# Sesseltanz bei Freiburger Ersatzwahl

Sieben Kandidierende für die Nachfolge von Staatsrätin Marie Garnier

ANNEGRET MATHARI

Im Kanton Freiburg kommt es am 4. März zu einer Ersatzwahl für die zurücktretende grüne Staatsrätin Marie Garnier. Gleich sieben Kandidaten und Kandidatinnen sind im Rennen, vier Männer und drei Frauen. Weder im bürgerlichen noch im linken Lager treten die Parteien gemeinsam an. Die Bürgerlichen wollen ihre Dominanz von 4 zu 3 Sitzen auf 5 zu 2 ausbauen. Die CVP hält drei Mandate im Staatsrat, die SP zwei, Grüne und Freisinnige je einen Sitz. Die Ersatzwahl wurde nötig, weil Garnier unerwartet auf Ende April zurücktritt. Sie war seit Mai 2017 unter Druck geraten, weil sie vertrauliche Dokumente über angebliche Probleme im Oberamt des Saanebezirks an die Medien weitergegeben und damit das Amtsgeheimnis verletzt haben soll.

## Linke mit zwei Kandidatinnen

Für das linke Lager geht es darum, den 2011 von Garnier gewonnenen Sitz zu behalten. Ob die Rechnung aufgeht, ist offen, denn SP und Grüne treten mit je einer Kandidatin an. Westschweizer Medien sprechen von einem möglichen Eigengol. Die Grünen wollen ihren Sitz mit der Grossrätin und Chefin der Mittel-links-Grüne-Fraktion Sylvie Bonvin-Sansonnens verteidigen. Unterstützt wird die 46-jährige Meisterlandwirtin und

frühere Journalistin auch von der CSP, die ebenfalls dieser Fraktion angehört.

Dass die SP mit einer eigenen Kandidatin, Nationalrätin Valérie Piller Carrard, antritt, sorgt bei den Grünen für Irritation. Für sie sowie für die Christlich-Soziale Partei soll die Linke in der Regierung nicht durch eine einzige Partei vertreten sein. Der SP-Vorstand ist jedoch der Meinung, dass seine Kandidatin bekannter sei als Bonvin-Sansonnens und bessere Chancen habe, den linken Regierungssitz zu verteidigen. Die Parteiversammlung stimmte dem zu und hiess die Kandidatur Piller Carrards gut, allerdings waren die Meinungen geteilt. Einige Delegierte befürchteten, dass damit die linke Allianz – dank der sie bei den letzten Staatsratswahlen 2016 im bürgerlich dominierten Kanton drei der sieben Sitze geholt hatte – untergraben wird.

Dagegen sagte der Präsident der SP Schweiz, Ständerat Christian Levrat, in der Politik sei es normal, dass Alliierte auch Konkurrenten seien. Die SP sieht sich dem Vorwurf von Manövern ausgesetzt. Manche Politiker sind der Meinung, der eigentliche Grund für die Kandidatur Piller Carrards sei, für Pierre Mauron den Weg in den Nationalrat frei zu machen. Der Chef der SP-Fraktion im Kantonsparlament würde für Piller Carrard nachrücken, sollte sie in die Freiburger Regierung gewählt werden. Die Tatsache, dass Mauron und Levrat Schwager sind, lässt diese These für einige umso glaubwürdi-

ger erscheinen. Die FDP schickt ihren früheren Präsidenten Didier Castella ins Rennen um die Nachfolge von Marie Garnier. Da die FDP bei den letzten Wahlen ihre Kandidatur zugunsten der SVP zurückgezogen hat, fühlt sie sich legitimiert, einen zweiten Sitz anzustreben. Castella gilt als politisches Schwergewicht im Kanton Freiburg. Unter seiner Präsidentschaft konnte die FDP bei den letzten Wahlen 2016 vier Sitze im Grossen Rat dazugewinnen. Castellas Handicap ist allerdings, dass er aus Greyerz stammt. Der Bezirk ist im Staatsrat bereits mit Maurice Ropraz (fdp.) und Anne-Claude Demierre (sp.) vertreten. Doch der Zwiist unter den linken Parteien könnte die Chancen des FDP-Kandidaten verbessern.

## CVP verzichtet auf Kandidatur

Für die SVP tritt ihr Präsident Ruedi Schläfli an. Der Landwirt will die Partei nach über zwanzig Jahren wieder in die Regierung bringen. Die CVP verzichtet dagegen auf eine Kandidatur. Sie hatte ihr Ziel bei den letzten Wahlen mit drei Staatsräten erreicht. Zur Auswahl stehen weiter drei weniger bekannte Kandidierende, Philippe Nahum von der BDP, Claudio Rugo von der Künstlerpartei und die Juristin Maya Dougoud, die auf einer Liste «Bürgerenergie» antritt. Ein allfälliger zweiter Wahlgang ist für den 25. März vorgesehen.

## IN KÜRZE

### Basler Anwalt Wagner starb durch Armeepistole

(sda) · Die tödlichen Schüsse auf den Basler Medienanwalt Martin Wagner vom 28. Januar sind aus rein privaten Motiven gefallen. Der Täter drückte mit seiner alten Armeepistole dreimal ab, bevor er sich selber richtete, wie die Staatsanwaltschaft mitteilt. Nach Abschluss der Ermittlungen werde das Strafverfahren eingestellt, schrieb die Staatsanwaltschaft Basel-Landschaft. Der mutmassliche Täter – hierzu laufen letzte forensische Abklärungen – kann nach seinem Suizid nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden. Wagner hinterlässt drei Kinder im Jugendalter – seine Frau ist erst vor einigen Monaten einer schweren Krankheit erlegen.

### Neuer Rekord bei Hühnerbestand

(sda) · Die Zahl der Hühner in der Schweiz hat 2017 erstmals die Elf-Millionen-Grenze überschritten. Alle anderen Nutztiere wiesen im letzten Jahr rückläufige Bestände aus. Insgesamt gackerten 2017 in Schweizer Hühnerställen knapp 11,3 Millionen Tiere. Das sind 3,5 Prozent mehr als im Vorjahr, wie aus den provisorischen Zahlen des Bundesamtes für Statistik (BFS) vom Dienstag hervorgeht. Im Vergleich zu 2007 beträgt die Zunahme beim Federvieh rund 40 Prozent. Der Rindviehbestand verringerte sich im

Die Idee brächte auch einen Härte-test für den Föderalismus, wäre doch die Steuerhoheit der Kantone infrage gestellt. Die Initianten wollen laut eigenen Angaben die Steuerhoheit der Kantone erhalten. Sie sagen, dass gemäss Initiative vorderhand in den Kantonen die Einkommens- und Gewinnsteuern bestehen bleiben sollen. Dies würde aber ein Hauptziel der Reform – die Vereinfachung des Steuersystems – unterlaufen. Im Weiteren fragt man sich, wie die Abschaffung der Firmengewinnsteuer nur schon auf Bundesebene im Ausland ankäme; die Sache entspräche angesichts der tiefen Gewinnbesteuerung in manchen Kantonen kaum international tolerierter Praxis. Die Initianten sagen dazu, dass es wohl kurzfristig Probleme geben könne, aber das Ausland mit der Zeit die Vorzüge der Schweizer Reform schätzen werde.

## Progressiv oder nicht?

Zu diskutieren wären auch die Verteilungswirkungen. Mit der direkten Bundessteuer fiele eine stark progressive Steuer weg. Die Mikrosteuer ist auf den ersten Blick nicht progressiv. Eine Analyse aus den USA von 2001 kam immerhin zum Schluss, dass mit dem Wohlstand das Zahlungsverkehrsvolumen überproportional steigt und damit eine Mikrosteuer faktisch doch progressiv wirken könnte. Zu entgegen wäre aber, dass die Reichen wohl auch überdurchschnittlich viele Möglichkeiten hätten, einer solchen Steuer auszuweichen. Der Effekt per saldo erscheint vorderhand unklar.

Die beiden Finanzkommissionen des Parlaments haben vergangenen Sommer eine Präsentation der Idee gesehen, doch die Sache nicht durchdiskutiert. Der Glaube an die Realisierbarkeit sei bei den meisten wohl gering, sagt einer der damals anwesenden Politiker. Unter dem Strich hat die Idee der Mikrosteuer im Charakter Ähnlichkeiten mit der Vollgeldinitiative. Die Initianten versprechen enorm viel, aber die Unsicherheiten über die Folgen und damit auch der Analysebedarf sind gross. Man sähe die Sache zwar gern ausprobiert, um etwas zu lernen, doch ob die Schweiz das Versuchskaninchen spielen soll, ist eine ganz andere Frage.

vergangenen Jahr um 2,3 Prozent auf 1,52 Millionen Tiere. Das sind nur unwesentlich weniger als vor zehn Jahren.

## Schwierige Vermarktung von Innovationen

(sda) · Jedes dritte Innovationsvorhaben ist nach Projektende nicht weitergeführt worden. Das hat eine Untersuchung der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) gezeigt. Über die staatliche Förderagentur KTI waren in den vergangenen Jahren durchschnittlich 120 Millionen Franken in Forschungs- und Entwicklungsprojekte investiert worden. Zwei Drittel der 81 zwischen 2010 und 2014 abgeschlossenen KTI-Förderprojekte stellen immer noch «ein relevantes Unterfangen» dar. Der Rest sei unter anderem nicht weitergeführt worden, weil es technische Umsetzungsprobleme gegeben habe, Forschungsschwerpunkte verlagert worden seien oder sich die Unternehmensstrategie geändert habe.

## Es hapert mit der Umsetzung der Holz-Deklarations-Pflicht

(sda) · Seit Anfang 2012 muss in der Schweiz Art sowie Herkunft des Holzes für die Konsumenten ersichtlich sein. Bei der Umsetzung liegt jedoch noch vieles im Argen: Nur jedes sechste Unternehmen erfüllt die Deklarationspflicht vollständig. Das Eidgenössische Büro für Konsumentenfragen (BFK) führte 2017 120 Kontrollen durch. Bloss 17 Prozent der Unternehmen deklarieren ihre Produkte völlig korrekt.